

Dringliche interfraktionelle Interpellation GB/JA!, GLP, SP (Leena Schmitter, GB/Lea Bill, JA!/Peter Ammann, GLP/Yasemin Cevik, SP mit Christa Amman, AL/Luzius Theiler, GPB-DA/Rolf Zbinden, PdA): Police BE quo vadis?

Im Juni 2013 publizierte der Kanton Bern den ersten Evaluationsbericht von Police BE. Ziel der Evaluation war es, bisherige Erfahrungen mit der Neuregelung zu würdigen, aktuelle Fragestellungen klären und zukünftige mögliche Probleme und deren Lösungen aufzuzeigen.

Diese Ziele wurden mittels Dokumentanalyse, Online-Befragung der 17 Ressourcen- und 26 Leistungseinkaufsgemeinden sowie einer statistischen Analyse der Umfeldentwicklung zu erreichen versucht. Allerdings hält der Bericht fest: „Eine wissenschaftliche Evaluation war aufgrund der fehlenden definierbaren Ausgangslage, aber auch der erheblich veränderten Sicherheitslage nicht mehr möglich“.

Obwohl der Bericht eine relativ hohe positive Grundeinstellung zur Kantonspolizei deutlich zu machen versucht, besteht insbesondere Optimierungsbedarf bei der Umsetzung: Vor allem die Trennung von politisch-strategischer und operativer Verantwortung, so wird klar, ist nur theoretisch handhabbar. Zudem besteht für Ressourcengemeinden (wie die Stadt Bern) zwingender Einkauf der Grundversorgung, was den versprochenen „Synergien“ im Vorfeld der Abstimmung 2007 zuwiderläuft.

Obgleich im Vorfeld der Abstimmung 2007 die Einheitspolizei angepriesen wurde, da Synergieeffekte erzielt werden könnten, macht der Bericht klar: „Eine saubere Beurteilung der tatsächlich eingetretenen Synergieeffekte ist aus heutiger Sicht kaum möglich“. Der Bericht geht gar davon aus, dass Synergien „nur teilweise erzielt“ werden konnten. Zudem steht im Bericht: „Die im Rahmen der Evaluation gestellten Fragen [zur Finanzierung] können aufgrund fehlenden Datenmaterials nur teilweise beantwortet werden. Die im Vorfeld erwarteten Synergien konnten nicht vollständig umgesetzt werden.“

Auf verschiedenen Ebenen besteht also Optimierungsbedarf. Wir bitten deshalb, den Gemeinderat folgende Fragen zu klären:

1. Inwiefern wurde der Ressourcenvertrag seit dessen Abschluss eingehalten und inwiefern nicht?
2. Die Steuerungsmöglichkeiten werden häufig als ungenügend bezeichnet; Wo ist aus Sicht des Gemeinderats Verbesserungspotential vorhanden und weshalb?
3. Ist der Gemeinderat bereit, mehr operative Steuerungsverantwortung zu übernehmen und den Vertrag entsprechend neu zu verhandeln? Wenn Nein weshalb nicht?
4. Wie werden PolizistInnen im Bereich von Grundrechten und im Bereich von städtespezifischen Situationen geschult? Sieht der Gemeinderat Handlungsbedarf? Was hat er dazu geplant?
5. Wie steht der Gemeinderat zu einem Polizei-Kodex (u.a. die bedingungslose Respektierung der Grundrechte)?
6. Wie sind die Zuständigkeitsregeln für die Untersuchung und Beurteilung von beanstandeten Polizeieinsätzen?
7. Ist der Gemeinderat bereit, eine neutrale Anlaufstelle/Beschwerdestelle im Sinne einer Ombudsfunktion einzufordern, die durch alle Gemeinden und Kantonsbeitrag od. zumindest durch die grösseren Gemeinden/Städte und Kanton finanziert ist?

Begründung der Dringlichkeit

Im Juni 2014 steht die Revision des Polizeigesetzes (inkl. Vernehmlassung) an. Es ist wichtig, dass die Stadt Bern sich früh genug in die Diskussionen einbringen kann.

Erstunterzeichnende: Christa Ammann, Luzius Theiler, Rolf Zbinden, Leena Schmitter, Lea Bill, Peter Ammann, Yasemin Cevik

Mitunterzeichnende: Stéphanie Penher, Esther Oester, Franziska Grossenbacher, Mess Barry, Sabine Baumgartner, Christine Michel, Regula Tschanz, Cristina Anliker-Mansour, Nadja Kehrlifeldmann, Peter Marbet, Rithy Chheng, Halua Pinto de Magalhães, Lea Kusano, Fuat Köçer, Bettina Stüssi, Hasim Sönmez, Marieke Kruit, Michael Sutter, Patrizia Mordini, Michael Köppli, Sandra Ryser, Melanie Mettler, Lilian Tobler, Daniel Imthurn, Claude Grosjean, Benno Frauchiger, Nicola von Greyerz, Martin Krebs, Lukas Meier, Annette Lehmann, David Stampfli